

Unser Südwesten

Das Bezirksmagazin der FDP Steglitz-Zehlendorf

Nr. 4 / 3. Juni 2020



Der Letzte macht das Licht aus!

Steglitz-Zehlendorfs Bezirksamt zwischen Neuland und Corona-Starre

Nach dreimonatiger Zwangspause fand am 20. Mai die erste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung seit der Corona-Krise statt: Ein beinahe sechsständiger Themenmarathon, der aufgrund des Virus unter besonderen Vorkehrungen stattfand. Die Tatsache, dass es das Bezirksamt in drei Monaten nicht geschafft hat, andere zeitgemäße Lösungen für die BVV zu präsentieren, bildete nur den Auftakt zu diesem fast skurrilen Sitzungsabend.

Mit einer Großen Anfrage zu Corona wollte die FDP-Fraktion vom Bezirksamt Antworten zum Bezirkshaushalt, zu Personal und Verwaltung, zu Schule und Gesundheit. Dank der geänderten Geschäftsordnung landete die Anfrage auf dem vorletzten Tagesordnungspunkt – nach 22 Uhr, ohne Presse und kaum Bürgerschaft, wenn man vom Sicherheitspersonal und den Bezirksamtsmitarbeitern absieht.

Besonders die Antworten zum Thema Digitalisierung der Verwaltung, „Homeoffice“ und E-Akte waren erschreckend: Selbst der verschobene Termin 2023 für letztere sei nicht zu halten, so die Rathauschefin. Telearbeit gäbe es nicht bzw. fände in der Bezirksverwaltung offiziell nicht statt, auch seien die Endgeräte nicht mit Mikro und Kamera ausgerüstet und Videokonferenzen somit gar nicht möglich.

Abenteuerlich auch die Aussage des Bezirksamts zum FDP-Antrag für ein Drive-in zum Testen auf das Coronavirus: Die Getesteten fühlten sich zu sicher, wenn das Ergebnis negativ sei. „Unser Ansatz ist, positiv Getestete zu identifizieren, ihr Umfeld in Quarantäne zu schicken, um ein weiteres Aufflammen der Pandemie zu verhindern“, verteidigt Mathia Specht-Happel die Initiative.



Trotz Distanz auch in Coronazeiten ein Team: Die Mitglieder der FDP-Fraktion der BVV Steglitz-Zehlendorf.

Vor dem Hintergrund, dass sämtliche Kosten des Gesundheitsamtes durch den Senat getragen würden, wie es das Bezirksamt mitteilte, ist diese ablehnende Haltung für den Drive-in-Antrag noch unverständlicher. „Wie verlässlich sind Daten zur Entwicklung der Pandemie, wenn wir nicht umfassend testen?“, fragt Specht-Happel und bemängelt: „Wir machen uns Gedanken, wie der Krise problemlösungsorientiert begegnet werden kann, und das Bezirksamt verwaltet die Krise!“ Hier zeigt sich, Liberale machen klar den Unterschied.

Das „Gute Nacht!“, das sich die Bezirksverordneten wünschten, als dann alle um 23.05 Uhr das Rathaus verließen, könnte sprichwörtlich auch für den Zustand in den drei Rathausstandorten in Steglitz-Zehlendorf gelten. Denn so gut und reibungslos, wie am frühen Abend von der Bürgermeisterin noch vor anwesenden Vertretern von Presse und Bürgerschaft hervorgehoben, scheint die Verwaltungsarbeit nicht zu laufen, so sehr sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch anstrengen.

Keine Pop-up-Radwege durch die Hintertür

Fahrradlobbyisten dürfen die Corona-Krise nicht missbrauchen

Auch die FDP möchte ein fahrradfreundliches Steglitz-Zehlendorf. Das Fahrrad als Ergänzung im Verkehrsmix hat seine Stärken vor allem im Nahbereich. Daher müssen vorhandene Radwege saniert und die Radinfrastruktur zum Beispiel zu den Schulen sowie zu den Naherholungs- und Versorgungszentren ausgebaut werden. Eine Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten nur des Fahrrads lehnen die Freien Demokraten jedoch ab.

„Eine solche ideologische Eingleichung ist weder überzeugend noch zielführend, wenngleich wir uns einem Diskurs über eine Optimierung der Radinfrastruktur natürlich nicht verschließen“



Nur selten agiert Berlins Verwaltung so schnell wie beim Anlegen von „Temporären Pop-up-Radwegen“ – hier das Exemplar von der Kantstraße im Nachbarbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf.

ßen“, unterstreicht der verkehrspolitische Sprecher Andreas Thimm. Das Vorgehen der Fahrradlobby verärgert ihn jedoch erheblich, wenn nun auch in Steglitz-Zehlendorf unter Ausnut-

zung des Corona-Notstandes im unkontrollierten Schnellverfahren sogenannte „temporäre Pop-up-Radwege“ durchgesetzt werden. „Die Begründung, nur das Fahrrad wäre ‚pandemiesicher‘, ist fadenscheinig. Und bereits jetzt ist offensichtlich: Ist erstmal eine Fahrspur für den Radverkehr ‚reserviert‘, soll das auf Dauer auch so bleiben.“ Auch der gerne vorgetragene Hinweis auf eine steigende Radnutzung ist unzutreffend. Die Nutzung nimmt aktuell lediglich saisonüblich zu.

Gerade die Corona-Krise zeigt, wie sensibel das gesellschaftliche Gefüge auf einseitige Eingriffe reagiert. Jetzt ideologiegetrieben „Radwege“ über alles zu stellen, offenbart laut Thimm eine volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit, „die wir so nicht zulassen dürfen“. Die Fahrradlobbyisten „bestellen“ und der Senat „liefert“. Bisher konnte sich Steglitz-Zehlendorf diesem Einfluss entziehen. Die Freien Demokraten möchten, dass das so bleibt.

Liebe Leserinnen und Leser des FDP-Bezirksmagazins „Unser Südwesten“,

erst vier Monate sind seit unserer Beilage Mitte Februar vergangen; was ist seitdem alles passiert: Abstandhalten, Hygiene, Maskenpflicht sind seit Wochen Dauerthema. RKI, Virologen, Neuerkrankungen, Genesene und Tote – mehrmals täglich erhalten wir Auskunft zu diesen Zahlen. Doch aus dem Bezirksgeschehen hörte man nur wenig.

Als Ende Januar die Stadt Wuhan abgeriegelt und 10 Millionen Menschen in Quarantäne geschickt wurden, schien für uns in Steglitz-Zehlendorf alles noch sehr weit weg. Doch im März kam der Lockdown hierher: Züge und der ÖPNV halbleer, Flugzeuge am Boden, Schiffe finden keine Häfen, und Menschen bleiben zu Hause, so sie ein „Zuhause“ haben. Kultureinrichtungen zu! Hotels und Restaurants zu! Schulen und Kitas zu! Spielplätze zu! Geschäfte zum Großteil zu! Senioreneinrichtungen für Besucher zu! Sportplätze zu! Kirchen, Synagogen und Moscheen zu! Niemand hätte das beim Jahreswechsel 2019/20 für möglich gehalten. Händeschütteln, Umarmungen, Köpfe zusammenstecken, Küsse unmöglich! Shutdown, Homeoffice, Telko, Videokonferenz, Skypen, FaceTime wurden das Gegenteil zu Offenheit, Büroarbeit, Zusammenkunft zu Gesprächen, Sitzungen und Versammlungen in Restaurants oder Kneipen, Rathaus oder Festsälen, Konzerten, Kino und Theater.

Na gut, drei bis fünf Wochen, dann geht's wieder normal weiter!? Mühsam und langsam kommt uns allen die Erkenntnis, daraus wird wohl doch nichts. Wir registrieren Veränderungen in Familien, der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und auch in unserer Demokratie. Wir werden mit Covid-19 leben müssen. Es müssen praktikable Lösungen auf längere Zeit her, damit unsere freiheitliche Gesellschaft auch mit dem Virus weiter funktioniert. Dabei ist nichts selbstverständlich, wir müssen uns alle kümmern.

Die FDP-Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag wollen dafür Verantwortung übernehmen. Das wird ein Marathon, kein Sprint. Lesen Sie dazu unsere Vorschläge und Ideen und bleiben Sie uns gewogen!

Ihre Mathia Specht-Happel



Mathia Specht-Happel
ist Vorsitzende der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen Mathia Specht-Happel per E-Mail an specht-happel@fdp-bvv.de



Andreas Thimm

ist Fachsprecher für Verkehr der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an thimm@fdp-bvv.de

**Corona-Krise offenbart
Lücken im Bezirkshaushalt****Solide Haushalts-
planung? Denkste!**

In der Coronazeit zeigt sich, wie die Zählgemeinschaft aus CDU und Grünen mit falschen Zahlungseingängen für den Bezirkshaushalt geplant hat und eingestellte Mittel nicht abrufen. Ob Musikschule, Volkshochschule, Schulcatering – der Shutdown ab Mitte März hat auch diese Angebote lahmgelegt, die Kosten für Honorarkräfte oder Lieferpersonal mussten aber weiter bedient werden. Dazu kommen Rückerstattungen von bereits gezahlten Entgelten, da kein Unterricht stattfindet. Mindereinnahmen von mindestens 650.000 Euro, wie die Freien Demokraten bei der letzten BVV erfuhren.

„Wir haben im vergangenen Jahr bei den Haushaltsplanungen für 2020/21 immer wieder unterstrichen, dass man seine Finanzen nicht darauf ausrichten kann, dass Bürger den Bezirkshaushalt mit Verstößen wie Falschparken stützen“, sagt Mathia Specht-Habbel. Spätestens jetzt, wo der Finanzsenator auch noch 160 Millionen Euro pro Jahr zur Bewältigung der Krise bei den Bezirken sucht, muss umgedacht werden.

Nun zeigt sich ferner, dass das Bezirksamt nicht nur (unverschuldet) ohne Rücklagen auskommen muss, sondern dass zum zweiten Mal in Folge Millionenbeträge zum Beispiel für die Schulbauunterhaltung nicht abgerufen wurden. Gar 2,936 Millionen Euro macht die Lücke für 2019 in Steglitz-Zehlendorf aus. Das Geld ist nicht weg, nur woanders!“, so die Äußerung der zuständigen Stadträtin im letzten Jahr für den Haushalt 2018.



Derzeit ein grünes Idyll: das Parks-Range-Gelände in Lichterfelde-Süd, auf dem in den kommenden Jahren ein neues Wohnviertel entstehen soll.

Stadtplanung im Zeichen des Coronavirus**Logistische Herausforderungen für Steglitz-Zehlendorfs derzeit wichtigstes Wohnungsbauprojekt**

Noch läuft die Auswertung der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange für das neue Stadtviertel in Lichterfelde-Süd. Eventuelle Überarbeitungen von Bebauungsplan und Gutachten sowie die Erarbeitung des städtebaulichen Vertrags stehen noch aus. Aber dann ist für mindestens 30 Tage die Öffentlichkeit über das Bauprojekt zu unterrichten. So sieht es das Baugesetzbuch vor.

„Die Auslegung wird in der derzeitigen Situation eine logistische Herausforderung für das Amt sein. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Verfahren über die gesamte Zeit bis heute mit Interesse verfolgt. Sie werden die öffentliche Auslegung nutzen, sich zu informieren und gegebenenfalls Stellungnahmen verfassen“, meint Rolf Breidenbach.

Einzelaspekte des Planverfahrens sind weiterhin Gegenstand von An-

trägen in der Bezirksverordnetenversammlung, aktuell zum Beispiel rund um den Lern- und Gedenkort Lichterfelde-Süd. Auf unsere Nachfrage in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung am 12. Mai 2020 erklärte das Amt, dass ein neues Lärmgutachten und ein neues Verkehrsgutachten erstellt wird, wobei das Lärmgutachten die voraussichtliche Verkehrsentwicklung zu berücksichtigen hat. Ergebnisse sollen im Juni vorliegen. Insbesondere das

Lärmgutachten kann noch einmal Diskussionen über den Schulstandort auslösen. „Wir wollen, dass hier eine gute Lösung für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrer erreicht wird“, unterstreicht Breidenbach.



Rolf Breidenbach
ist Fachsprecher für Stadtplanung der FDP-Fraktion. Sie erreichen ihn per E-Mail an breidenbach@fdp-bvv.de

Spielplätze – Hotspots des sozialen Lebens**In Steglitz-Zehlendorf muss kein Kind auf der Straße spielen**

Wie wichtig öffentliche Räume sind, hat die Corona-Krise erneut gelehrt. Dort entwickelt sich ein Miteinander, dort findet das „echte“ soziale Leben statt. Das gilt vor allem für die öffentlichen Räume, die von Kindern genutzt werden: Spielplätze.

Steglitz-Zehlendorf hat 139 öffentliche Spielplätze. Deren Pflege obliegt dem Grünflächenamt. Die Corona-Schließung erfolgte nicht aufgrund des Infektionsschutzes, sondern in Absprache mit dem Gesundheitsamt gemäß dem Grünanlagengesetz. Verbindliche Kriterien zur Schließung der Plätze gibt es bis heute nicht. Der Bezirk entscheidet nach eigenem Ermessen.

13 Kinder wurden bislang in Steglitz-Zehlendorf auf Covid-19 positiv getestet. Alle sind im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Ob Kinder zur Verbreitung des Virus beigetragen haben, lässt sich nicht sagen. Ob die Schließung der Spielplätze geholfen hat, die Verbreitung des Virus einzudämmen, ist ebenfalls offen.

Seit 30. April sind die Plätze wieder freigegeben. Ein Schritt in die richtige



Seit 30. April dürfen Kinder und ihre Eltern wieder die Spielplätze des Bezirks nutzen.

Richtung für die Liberalen. Zumal gerade kleinere Kitas im Rahmen ihrer Betreuung die ortsnahe Spielplätze nutzen. Steglitz-Zehlendorf ist in weiten Teilen ein naturnaher und in der Fläche offener Bezirk. Anders als in

der Innenstadt, ist es daher räumlich nicht erforderlich, dass Kinder auf der Straße spielen. „Temporäre Spielstraßen“ sind hier im Bezirk bislang nicht geplant und mit wenigen Ausnahmen aus Sicht der FDP auch nicht sinnvoll.

**Regelmäßige Reinigung
auf hohem Niveau vonnöten****Coronavirus rückt die Hygienesituation
an unseren Schulen weiter in den Fokus**

In den vergangenen Jahren zeichneten sich die Reinigungsergebnisse an Steglitz-Zehlendorfer Schulen vor allem durch eines aus: anhaltende Mängel. Auch angesichts der Coronapandemie zeigt sich die Notwendigkeit, zeitnah und wirksam mehr Qualität und Verlässlichkeit bei der Reinigung zu realisieren.

Die FDP-Fraktion stellt sich die Frage, wie eine dem Infektionsschutz entsprechende Reinigung an Steglitz-Zehlendorfer Schulen sichergestellt werden kann, wenn es alleine in den vergangenen fünf Jahren 16 fristlose Kündigungen bei Schulreinigungsverträgen gegeben hat. „Gerade jetzt muss ein wesentlich stärkerer Fokus auf Sanitäreinrichtungen und deren regelmäßige Reinigung auf hohem Niveau gelegt werden“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Kay Heinz Ehrhardt.

Das Ziel eines am 20. Mai in die BVV eingebrachten Einwohneran-

trags, die Reinigungsqualität zu heben und den Ganztagsstandort Schule zu einem Ort zu machen, an dem sich die Schülerinnen und Schüler gerne aufhalten und das Lernumfeld finden, um Bestleistungen beim individuellen Bildungserfolg zu erzielen, unterstützt die FDP genauso wie den Diskurs auf dem Weg dorthin.

Für dauerhaft saubere Toiletten sowie Lehr- und Lernräume zählen die Freien Demokraten aber auch auf das Verantwortungsbewusstsein der Schüler: „Ein Klassenraum, der morgens sauber übernommen wird, muss auch am späten Nachmittag beim Verlassen der Schüler in einem halbwegs sauberen Zustand sein. Zettel auf dem Fußboden und ähnliches müssen nicht sein“, so Ehrhardt.



Kay Heinz Ehrhardt
ist Fachsprecher für Jugendhilfe der FDP-Fraktion Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an ehrhardt@fdp-bvv.de

Unser Bezirk kompakt

Initiative für Schlachtensee erreicht das Quorum

Es ist amtlich: von den 1212 eingereichten Unterschriften für einen Ortsteil Schlachtensee sind 1105 Unterschriften gültig. Das Quorum von 1000 gültigen Unterschriften ist erreicht und am 20. Mai wurde der Antrag, den die Freien Demokraten von Anfang an unterstützt haben, offiziell in der BVV verabschiedet.

**Ostweg 53: Grundstück muss wieder an den Bezirk gehen**

Mit den Vorstellungen der Machbarkeitsstudie der Senatsverwaltung für einen Schulstandort ausschließlich am Ostweg 53 beim Runden Tisch im März scheinen die konträren Ansichten dem Willen gewichen, endlich einen pragmatischen Versuch zu finden, der sowohl den Interessen des Bezirks als auch jenen des Senats gerecht wird: Das Land kann eine Unterkunft für Geflüchtete errichten, ohne dass der Wunsch des Bezirks, hier einen Schulstandort zu schaffen, dadurch unmöglich gemacht wird. Um Gelder für Investitionen zu beantragen und weitere Planungen in Auftrag geben zu können, ist es allerdings notwendig, dass das Grundstück am Ostweg 53 zurück in das Fachvermögen des Bezirks kehrt. Der Stadtplanungsausschuss muss sich dann dringend mit dem Denkmalschutz für das Casino und der Zuwegung Billy-Wilder-Promenade befassen.

**Hildburghäuser: Sanierung verzögert sich weiter**

Eigentlich sollte die Hildburghäuser Straße schon seit einem Jahr bis zur Bezirksgrenze mit Tempelhof fertig saniert sein. Aber es kam anders. Verzögerungen gab es schon nach dem Start im April 2017. 2018 musste dann abgewägt werden, ob die Karpfenteich-Grundschule eine Turnhalle bekommt oder die Hildburghäuser Straße umfassend saniert wird – die Turnhalle war wichtiger. Das sehen auch die Freien Demokraten so, denn seit 2007 bis heute ist die Schule ohne eine solche. Aber auch die Sanierung parallel zu anstehenden Kanalbauarbeiten im Lichterfelder Ring bringt eine Zwangspause. Um das Befahren ohne einen Achsenbruch zu ermöglichen, gab es jetzt eine neue Fahrbahndecke ab der Einmündung Geraer Straße bis zur Bezirksgrenze. Die Grundsaniierung mit abgestimmten Kanalarbeiten kommt später – wenn sie denn kommt.

Menschen mit Behinderung in der Corona-Pandemie nicht vergessen!

Bezirk muss gerade jetzt mehr für seine Bürger und Bürgerinnen mit Handicap tun

Die Corona-Pandemie ist für alle Menschen eine Herausforderung, aber für Menschen mit Behinderung besonders; immerhin für gut 10 Prozent der Bevölkerung.

Man ist nicht nur per se Risikogruppe, sondern steht vor speziellen Problemen: als Blinder den Mindestabstand einschätzen, Informationen auch in leichter oder Gebärdensprache zu erhalten oder körperliche Probleme mit dem Gesichtsschutz. Hier sind Solidarität der Gesellschaft und eigene Kreativität der Betroffenen gleichermaßen gefordert. Aber auch der Bezirk kann hier noch mehr tun.

„Gerade für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen ist es ärgerlich, dass Steglitz-Zehlendorf in Sachen Digitalisierung immer noch das Schlusslicht der Berliner Bezirke bildet“, meint Thomas Seerig, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. „Zwar sind Menschen mit Handicap es gewohnt, Schwierigkeiten erfolgreich zu begegnen und innovative Lösungen zu finden. Trotzdem dürfen die besonderen Schwierigkeiten von Behinderten, Senioren oder Pflegebe-



Für Menschen mit Behinderung ist die Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung.

dürftigen in der aktuellen Debatte und bei den Vorgaben der Politik nicht vergessen werden.“

So könnte das Streaming von BVV-Sitzungen mehr Transparenz herstellen. Auch wären Gebärdendolmetscher für die Sitzungen des Bezirksparlaments wünschenswert. Desweiteren muss das Bezirksamt dringend seine Onlinedienste modernisieren, denn auch in Sachen Formulare und Texte in leichter Sprache ist der Bezirk Schlusslicht. Dabei können gerade Internetseiten und Apps für Menschen mit Sinnesproblemen eine Hilfe sein.

Positiv hervorzuheben ist die große Solidarität und Rücksichtnahme der Menschen im Südwesten. Dank der tatkräftigen Unterstützung durch Nachbarschaft und Freunde können auch Menschen mit Behinderung die aktuelle Situation gut bestehen.



Thomas Seerig (MdB)

ist Vorsitzender der FDP Steglitz und Sprecher für Soziales, Behinderten- und Pflegepolitik der Abgeordnetenhaus-Fraktion. Sie erreichen Thomas Seerig unter seerig@fdp-steglitz.de

„Wir müssen Künstlern eine Perspektive geben“

FDP begrüßt kreative Konzepte zur Reanimierung des kulturellen Lebens

Die Corona-Krise trifft besonders jene, die sich ohnehin schon oft in prekärer Lage befinden, wie zum Beispiel die Kulturschaffenden. Kultureinrichtungen mussten den Betrieb einstellen. Hier von betroffen sind auch das Schlosspark Theater und der Titania-Palast. Diese Spielstätten haben Totalausfälle zu verkraften, wie auch viele selbstständige Kulturschaffende.

Hartmut Ebbing, FDP-Bundestagsabgeordneter aus Steglitz-Zehlendorf, moniert daher das Vorgehen der Bundesregierung, Soforthilfe nur für Betriebskosten auszuschütten. „Dies kommt selbstständigen Künstlern nicht zugute, da sie in der Regel so gut wie keine Betriebskosten haben.“ Da sie aber aufgrund einer staatlich verordneten Maßnahme Einkommenseinbußen bis zum Totalausfall hinnehmen müssen, forderte die FDP am 13. Mai, Selbstständige insbesondere hinsichtlich ihrer Lebenshaltungskosten zu unterstützen.

Mindestens genauso schwer ist aber die ideelle Krise. Viele Künstler brennen für ihre Kunst. Sie künstlerisch nicht betätigen zu können, nimmt Künstlern jegliche Perspekti-



2019 konnte das Schlosspark Theater das zehnjährige Jubiläum seiner Wiedereröffnung groß feiern. Jetzt ruht auch hier der Spielbetrieb.

ve, die sie aber in dieser Zeit bitter nötig haben. Daher begrüßt die FDP Konzepte wie Aufführungen mit beschränktem Einlass unter Einhaltung von geltenden Abstandsregeln. Die Kirchen zeigen, wie es gelingen kann. „Wir erhoffen uns davon eine Reanimierung des kulturellen Lebens und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe – gerade für Personen, die aufgrund der aktuellen Auflagen wenig Chancen haben, den so wichtigen Umgang mit ihren Mitmenschen zu pflegen.“



Hartmut Ebbing (MdB)

vertritt Steglitz-Zehlendorf im Bundestag und ist dort kulturpolitischer Sprecher der FDP. Sie erreichen ihn per E-Mail an hartmut.ebbing@bundestag.de

Weniger Parkplätze, dafür mehr Büroflächen

Steglitzer Kreisel: Gebäudesockel wird neu gestaltet und Nutzflächen anders geplant

Es geht voran mit dem zukünftig höchsten Wohngebäude der Stadt. Wie Mitte Mai, eher überraschend, im Stadtplanungsausschuss bekannt wurde, wird nun auch der gesamte Gebäudesockel neu gestaltet.

Eine wichtige Änderung betrifft das Parkhaus. Hier sollen zusätzliche Büroflächen entstehen. Dafür müssen Parkplätze weichen, von 700 verbleiben ca. 380. Dazu ist wegen der teilweisen Nutzungsänderung eine Befreiung von Festsetzungen vom Bebauungsplan erforderlich.

Der markante 70er-Jahre-Bau am Rathaus Steglitz mit seinem 120 Meter hohen Turm wird seit Juli 2017 entkernt und völlig umgebaut. Ziel der jetzt vorgestellten Planungen ist eine städtebauliche Aufwertung des gesamten Komplexes unter anderem durch die Schaffung von Passagen, Neugestaltung der Fassaden und Veränderungen im Bereich des Busbahnhofs. In der Summe sollen sich die Baumassenzahlen und die Grundrissanordnung kaum ändern. Die Gebäudehöhen im Bereich der Fassade an der Schloßstraße, dem Hermann-Ehlers-Platz und der Kuhlighshofstraße zeigen in der jet-

zigen Planung große Veränderungen zum bestehenden Gebäude.

Die Freien Demokraten haben in der Ausschussberatung geklärt, dass nach Einschätzung des Investors weiterhin genügend Stellplätze für das Hotel, die Inhaber von Wohnungen und auch die Gewerbetreibenden zur Verfügung stehen werden. Das Bezirksamt ist nun jedoch am Zug, zu klären, ob für die vorgestellten Maßnahmen eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans erteilt werden kann.



Weithin sichtbare Baustelle: der Steglitzer Kreisel

Nur bedingt arbeitsfähig**Bezirksamt zwischen Kreidezeit und Karteikarte**

Während die sogenannten Silver Surfer in der Corona-Krise im Netz kräftig Gas geben und Omas wie Opas mit ihren Enkeln über Skype, Facetime, Zoom oder Go-ToMeeting online verbunden sind, stellt sich die Berliner Verwaltung für Detlef Untermann, Internet- und Seniorenbeauftragter der FDP Steglitz-Zehlendorf, als eine digitale Wüste dar: „Dass das Bezirksamt in absehbarer Zeit im 21. Jahrhundert ankommt, erscheint eher unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass dessen Mitarbeiter im Homeoffice digital nur bedingt arbeitsfähig sind.“

Auch vom Amt aus können Mitarbeiter nicht einmal an Videokonferenzen teilnehmen, da ein funktionierendes WLAN dort unter Science-Fiction fällt. Traurig, aber wahr.

Und obwohl bereits zwei Sitzungen der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wegen der Corona-Pandemie abgesagt wurden, sehen die Entscheidungsträger in einer digitalen BVV-Sitzung keine Alternative. Ein virtuelles Plenum, so der BVV-Vorsteher, sei momentan technisch nicht möglich.

Bildung jetzt endlich digitalisieren!**Nach wochenlangem „Homeschooling“: Corona-Krise macht Grenzen und Chancen sichtbar**

Die aktuelle Pandemie lässt die bisherigen Grenzen, aber auch die Chancen digitaler Bildung klar hervortreten. Die Herausforderungen an das häusliche Lernen und mobile Arbeiten für Schülerinnen und Schüler, aber auch das Lehrpersonal sind offensichtlich.

„Für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs empfiehlt sich die Bildung von „halben Klassen“, die abwechselnd zwei Wochen analog in der Schule und zwei Wochen per digitalem „Homeschooling“ unterrichtet werden“, meint der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja.

Für Schülerinnen und Schüler ohne eigenen Raum für das konzentrierte Lernen sind in Turnhallen und Schulaulen temporäre Studios zur Einzelnutzung als Bildungscampus zu errichten. Digitale Endgeräte müssen kurzfristig als digitale Lernmittel anerkannt, Lehrende mit geeigneter Technik für mobiles Arbeiten ausgestattet werden. Zur Rückführung des auch jenseits von Krisenzeiten auftretenden Unterrichtsausfalls sind konkrete Pläne zur „virtuellen“ Beschulung zu erstellen. „Um einer zunehmenden Chancendiskrepanz vorzubeugen, brauchen wir Lernformate,



Beim „Homeschooling“ der vergangenen Wochen wurden nicht nur die Chancen und Möglichkeiten des digitalen Lernens offenbart, sondern auch die vielen Hindernisse und technischen Mängel.

die Kinder und Jugendliche ohne elterliche Hilfe nutzen können“, so Czaja.

Die Zukunft gehöre web-basierten Anwendungen mit menschlicher Interaktion und Blended-Learning-Systemen, die Präsenzzeiten mit Online-Anwendungen kombinieren. Das Land Berlin muss dafür seinen digitalen „Lernraum“ professionalisieren,

um seine Alltagstauglichkeit, Nutzerfreundlichkeit und Qualität zu optimieren. Hier bedarf es einer zentralen Zuständigkeit für die elektronische Infrastruktur der öffentlichen Berliner Bildungslandschaft aus einer Hand: ein Service- und Koordinationsbüro mit Anbindung an ein ertüchtigtes Dienstleistungszentrum für die Informationstechnik, wie es die Fraktion in der BVV

Steglitz-Zehlendorf bereits in einem Antrag im Mai 2019 gefordert hat.

**Sebastian Czaja (MdB)**

ist Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und Vorsitzender des Bezirksverbands Steglitz-Zehlendorf. Sie erreichen ihn per E-Mail an info@sebastian-czaja.de

Diskriminierung nicht einfach hinnehmen**Jede Partnerschaft verlangt Akzeptanz – auch bei Städten**

Bereits ein Drittel aller polnischen Gemeinden hat sich zur LGBTQ-freien Zone erklärt. Darunter auch Steglitz-Zehlendorfs Partnergemeinde Poniatowa. Im März hat die FDP-Fraktion daher einen Antrag in die BVV eingebracht, damit bestehende Städtepartnerschaften dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden.

„Als ersten Schritt befürworten wir einen Dialog. Sollte dieser nicht fruchten, muss als letzter Schritt ein Abbruch der Partnerschaft erwogen werden“, sagt Lars Rolle, Fachsprecher für Gleichstellung. Ziel muss es sein, dass Partnerstädte, die LGBTQ-

freie Zonen ausgerufen haben, diesen Beschluss wieder zurücknehmen. „Es nützt nichts, wenn wir nach fruchtlosem Dialog Diskriminierung stillschweigend einfach hinnehmen.“

Die Freien Demokraten fordern vom Bezirk eine klare Haltung gegenüber den Partnergemeinden. Steglitz-Zehlendorf ist weltoffen, bunt und tolerant – auf die Liebe zwischen Menschen kommt es an, nicht auf sexuelle oder geschlechtliche Identitäten. Darüber hinaus setzen die Freien Demokraten sich, hier und andernorts, für den vollständigen Abbau noch bestehender Diskriminierungen queerer Menschen ein. Vor diesem Hinter-

grund sollte der Bezirk den Dialog zu anderen polnischen Städten suchen, die der queeren Gemeinde offen gegenüber stehen, und gemeinsam mit ihnen erörtern, wie die Communities vor Ort unterstützt werden können.

„Grundsätzlich sollte der Bezirk im Rahmen der Städtepartnerschaftsprogramme viel stärker queere Themen bespielen und damit einen Vorbildcharakter annehmen“, so Rolle.

**Lars Rolle**

ist Fachsprecher für Gleichstellung der FDP-Fraktion in der BVV. Sie erreichen ihn unter rolle@fdp-bvv.de



Das Gesteck der FDP-Fraktion an der Gedenkstätte an der Wismarer Straße.

Stilles Gedenken zum Kriegsende

„Am Ort des KZ-Außenlagers in Lichterfelde zu stehen und der hier gequälten Menschen zu gedenken, ist immer wieder ein bewegender Moment“, so die Fraktionsvorsitzende Mathia Specht-Habbel am einmaligen berlinweiten Feiertag zum 75. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges, als sie an der sogenannten „Säule der Gefangenen“ in der Wismarer Straße einen Kranz niederlegte. Trotz offizieller Absage der Veranstaltung hatten sich Menschen zum stillen Gedenken vor Ort eingefunden.

Online mehr erfahren: www.fdp-bvv.de

Impressum

Herausgeber: FDP-Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
c/o Sebastian Czaja, Landesgeschäftsstelle der FDP Berlin,
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin, Telefon: (030) 27 89 59-0

Redaktion: Sebastian Czaja (V.i.S.d.P.; E-Mail: info@sebastian-czaja.de),
Mathia Specht-Habbel, Katharina Concu

Fotoquellen: jeweils über AdobeStock: S.2: Spielplatz: Halfpoint; S.3: Rollstuhl: kasto,
S.4: Fernunterricht: Halfpoint • Ortsteile Seite 1: Bausch / Public Domain; A.Savin /
Wikimedia Commons; Muns / Wikimedia Commons
alle anderen: Katharina Concu/FDP-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf

Verlag: Berliner Wochenblatt Verlag GmbH, Wilhelmstraße 139, 10963 Berlin
Tel.: (030) 887 277 100, Layout und Gestaltung: Peter Erdmann

Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau, Auflage: 132.240 Exemplare

Freie
Demokraten
FDP



Steglitz-Zehlendorf ist stolz auf seine vielen Städtepartnerschaften und schmückt sich gern damit. Doch wenn die Partnergemeinden Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren, muss die Partnerschaft hinterfragt werden.